

Offener Brief der hessischen Arbeitsgemeinschaften ASG, AG Selbst Aktiv, AG 60+, Jusos, SPD Frauen, SPD Queer, AG Migration & Vielfalt sowie der AfA

an die hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten und den Parteivorstand

Für eine SPD, die soziale Sicherheit stärkt – nicht Sozialabbau mitträgt

Liebe Bärbel, lieber Lars, lieber Parteivorstand,

liebe Genoss:innen Bundestagsabgeordnete,

mit großer Sorge und deutlicher Enttäuschung blicken wir auf die bereits beschlossenen sowie angekündigten Kürzungen und Änderungen im Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Arbeitsbereich.

Wir halten diesen Sparkurs für politisch falsch. Er sendet ein fatales Signal an genau jene Menschen, für die die SPD seit über 160 Jahren steht: Beschäftigte, Familien, Alleinerziehende, Rentner:innen, Patient:innen und Menschen mit geringem Einkommen.

Die Stärke unserer Wirtschaft hängt von der Stärke unseres Sozialstaates ab. Gute Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit und gleiche Chancen sind keine Kostenfaktoren, sondern Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. **Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist das Ergebnis unseres starken Sozialstaats, unserer sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte.** Wer heute bei Prävention, sozialer Absicherung und Gesundheitsversorgung spart, verschiebt die Kosten lediglich in die Zukunft – und zwar in deutlich größerem Ausmaß.

Armut macht krank. Fehlende Bildungs- und Teilhabechancen verschärfen soziale Probleme. Wissenschaftlich ist gut belegt, dass soziale Benachteiligung langfristig mit schlechteren Gesundheitschancen, geringerer sozialer Teilhabe und auf Bevölkerungsebene auch mit höheren Kriminalitätsraten und einem Erstarken der politischen Extremen verbunden ist. **Sozialabbau löst keine Haushaltsprobleme – er schafft neue gesellschaftliche Probleme.**

Die beschlossenen Maßnahmen und Vorhaben treffen ausgerechnet diejenigen, die auf einen handlungsfähigen Sozialstaat angewiesen sind.

Besonders kritisch sehen wir unter anderem

- zusätzliche Hürden bei Krankschreibungen,
- Einschnitte in der ambulanten medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung,
- Kürzungen bei sozialen Leistungen, wie dem Wohngeld,
- Einschränkungen beim Elterngeld,
- Verschlechterungen beim Unterhaltsvorschuss,
- Eingriffe in Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzstandards,
- Verschlechterungen in der Pflege sowie bei der Unterstützung pflegender Angehöriger,
- Einschränkungen bei der Eingliederungshilfe und beim Behindertengleichstellungsrecht (BGG).

Im Gesundheitswesen erleben wir bereits heute dramatisch lange Wartezeiten auf **psychotherapeutische, logopädische, physio- und ergotherapeutische Behandlung und einen zunehmenden Mangel an hausärztlicher Versorgung.** Weitere Einschnitte verschlechtern die Versorgung der Menschen und erhöhen langfristig die Kosten unseres Gesundheitssystems.

Besonders betroffen von den Sparmaßnahmen sind **Frauen**. Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Frauen mit erhöhtem Risiko für Altersarmut tragen einen überproportionalen Teil dieser Belastungen. Wer Gleichstellung ernst nimmt, muss die Auswirkungen gesundheitspolitischer Entscheidungen auf diese Gruppen mitdenken.

Hier im Besonderen erwähnt sei die Änderung beim **Unterhaltsvorschuss**, die Alleinerziehende – überwiegend Frauen – und ihre Kinder zusätzlich belasten. Anstatt diese finanziell schlechter zu stellen, braucht es endlich wirksame Maßnahmen gegenüber unterhaltspflichtigen Elternteilen, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen.

Die Einschränkungen beim **Elterngeld**, während vielerorts Betreuungsplätze fehlen, verschärft die Unsicherheit junger Familien. Gerade angesichts sinkender Geburtenzahlen müsste Familienpolitik Verlässlichkeit schaffen statt Leistungen abbauen.

Die Aussetzung der regelmäßigen Anpassung an Inflation und Mietentwicklung beim **Wohngeld** sowie Einschränkungen bei der Heizkostenkomponente werden insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen und chronischen Erkrankungen zusätzlich belasten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht zunehmend zur Armutsfalle werden.

Einschränkungen beim Entlastungsbetrag in der **Pflege**, geringere Unterstützung unmittelbar nach einer Einstufung, die Schwächung der Rentenansprüche pflegender Angehöriger sowie steigende Eigenanteile in der stationären Pflege erhöhen den Druck auf Betroffene und ihre Familien und verstärken Altersarmut.

Ebenso lehnen wir die Einschränkungen bei der **Eingliederungshilfe** sowie eine Abschwächung des Behindertengleichstellungsrechts ab. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns zu mehr Barrierefreiheit, mehr Teilhabe und verlässliche Unterstützung – nicht weniger.

Gleichzeitig erleben wir, wie Unternehmen durch Automatisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz erhebliche Produktivitäts- und Gewinnsteigerungen erzielen. Davon profitieren Beschäftigte jedoch kaum. Arbeitsplätze werden abgebaut, während Arbeitnehmerrechte geschwächt werden.

Wie wollen wir unter diesen Bedingungen glaubwürdig die Partei der Arbeitnehmer:innen und sozial benachteiligte Menschen bleiben? Statt Sozialleistungen zu kürzen und Chancengerechtigkeit zu schwächen, sollte der Bund die versicherungsfremden Leistungen endlich vollständig aus Steuermitteln finanzieren und hohe Vermögen zur Gegenfinanzierung heranziehen, damit die Sozialversicherungen nachhaltig entlastet werden.

Diese Bundespolitik fällt auf uns SPD-Kommunalpolitiker:innen zurück. Wir sind es leid, Sozialabbau verteidigen zu müssen, während wir kommunal täglich für soziale Gerechtigkeit kämpfen!

Vor allem aber braucht die SPD endlich wieder den Mut zu eigenen Antworten.

Wir akzeptieren nicht länger die Erzählung, man habe "die schlimmsten Vorhaben der CDU verhindert". **Die Menschen erwarten von der SPD mehr, als eine Politik der Schadensbegrenzung.** Sie erwarten eine positive Gestaltung der Zukunft. Vertrauen in unsere Politik entsteht durch eine überzeugende Vorstellung davon, wie dieses Land gerechter, moderner und lebenswerter werden soll.

Deshalb fordern wir eine sozialdemokratische Zukunftsagenda:

1. Familien stärken und Integration ermöglichen

Der demografische Wandel lässt sich nur mit einer aktiven Familienpolitik und einer erfolgreichen Integrationspolitik bewältigen. Eltern brauchen Verlässlichkeit – unabhängig von ihrem Familienmodell. Von der Kinderwunschbehandlung über Betreuungsplätze bis hin zu unserem Versprechen auf Aufstieg durch Bildung. Gleichzeitig muss Deutschland Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, schnell in Sprache, Bildung und

Beruf integrieren. Ohne Zuwanderung wird unser Sozialstaat langfristig nicht finanzierbar sein – diese Wahrheit sollten wir mutiger aussprechen und gestalten. Eine erfolgreiche Migrationspolitik ist nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

2. Prävention zur tragenden Säule der Gesundheitspolitik machen

Gesundheitsförderung und Prävention müssen endlich denselben Stellenwert erhalten wie die Behandlung von Krankheiten. Wer gesunde Ernährung und Bewegung fördert und krankmachende Suchtmittel stärker besteuert, verbessert die Gesundheit, erhöht die Lebensqualität und spart langfristig Kosten. Gesundheit muss zum Leitprinzip politischen Handelns werden. Auch Entscheidungen über Infrastruktur, Arbeitsbedingungen oder Sozialpolitik müssen auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen geprüft werden. Wer Krankheiten verhindert, entlastet das Gesundheitssystem, spart langfristig Milliarden und steigert die Lebensqualität.

3. Das Sozial- und Gesundheitssystem grundlegend modernisieren

Deutschland braucht eine mutige Reform der Sozialgesetzbücher. Das Bismarck'sche arztzentrierte System ist längst weder zeitgemäß noch kosteneffizient. Versorgung muss sich am Menschen orientieren und nicht an Sektorengrenzen. Interdisziplinäre Primärversorgung, die medizinische, therapeutische, pflegerische und soziale Berufe zusammenführt, muss zum Regelfall werden. Dafür braucht es auch eine grundlegende Reform der Finanzierung, die Kooperation statt Einzelleistungen fördert.

4. Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Die Folgen der Klimakrise bedrohen die körperliche und psychische Gesundheit der Menschen. Konsequenter Klimaschutz und wirksame Klimaanpassung sind deshalb zentrale Bestandteile einer modernen Sozial- und Gesundheitspolitik. Die Rückschritte der Bundesregierung beim Klimaschutz und der Klimaanpassung sind sachlich nicht zu rechtfertigen. Sie sind unverantwortlich und gefährden die Gesundheit heutiger wie künftiger Generationen.

5. Digitalisierung im Dienst der Menschen

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung müssen Beschäftigte entlasten, Versorgung verbessern und Bürokratie abbauen – nicht Arbeitsplätze vernichten, die Menschen stärker überwachen oder soziale Ungleichheit vergrößern.

6. Die Bürgerversicherung bleibt unser Ziel

Auch wenn sie derzeit politisch nicht durchsetzbar ist, muss die SPD glaubwürdig für eine solidarische Bürgerversicherung eintreten. Sie bleibt der gerechteste Weg zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung.

7. Gerechte Finanzierung statt Sozialabbau

Wir kritisieren ausdrücklich, dass erneut bei Familien, der Gesundheitsversorgung und bei denjenigen gespart wird, die auf Unterstützung angewiesen sind, während die Frage einer gerechten Finanzierung weiterhin ausgeklammert wird. Gerade wenn Vermögensbesteuerung oder andere Instrumente aktuell nicht mehrheitsfähig sind, hätte die SPD bei Kürzungen zulasten der Schwächsten eine klare rote Linie ziehen müssen.

Die beschlossenen und angekündigten Einschnitte schaden nicht nur den Menschen in unserem Land. Sie beschädigen auch die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie und treiben viele Wählerinnen und Wähler aus Enttäuschung in die Arme populistischer und rechtsextremer Parteien. Das Erstarken der AfD liegt auch in der Verantwortung der aktuellen Regierungsparteien.

Wer soziale Gerechtigkeit verspricht, darf Verschlechterungen für die Schwächsten nicht mittragen. Soziale Gerechtigkeit ist kein Nebenthema der SPD. Sie ist ihr Markenkern.

Wir erwarten deshalb von der SPD-Bundestagsfraktion eine klare politische Kurskorrektur. Wir erwarten eine öffentliche Debatte über die soziale Schieflage in unserem Land und konkrete Initiativen, um die beschlossenen Verschlechterungen wirksam abzufedern, rückgängig zu machen und den geplanten Sozialabbau nicht vorzunehmen.

Sozialdemokratische Politik muss an der Seite derjenigen stehen, die Unterstützung brauchen. Daran werden wir gemessen.

Vor allem aber erwarten wir wieder eine SPD, die den Mut hat, Zukunft zu gestalten, statt lediglich den Sozialabbau zu verwalten.

Stefanie Minkley

(Bezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen Hessen-Süd)

Lea Eckert & Seyma Dirician

(Bezirksvorsitzende der SPD Frauen Hessen-Süd)

Julia Maiano & Gerhard Eschborn

(Bezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Hessen-Süd)

Nicole Iben

(Bezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen Hessen-Nord)

Monika Vaupel

(Bezirksvorsitzende der SPD Frauen Hessen-Nord)

Horst Behle & Katja Hofmann

(Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Hessen-Nord)

Lukas Schneider

(Landesvorsitzender der Jusos Hessen)

Rodan Zeyback

(Bezirksvorsitzender Jusos Hessen-Süd)

Finja Müller & Max Felker

(Bezirksvorsitzende Jusos Hessen-Nord)

Norbert Schreiner

(Bezirksvorsitzender der AG 60+ Hessen-Süd)

Andreas Trägler

(Bezirksvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Hessen-Süd)

Justin Köhler

(Co-Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Hessen-Nord)

Henry Dill & Michelle Dickopf

(Bezirksvorsitzende SPD Queer Hessen-Süd)

Orry Truxer

(Bezirksvorsitzender SPD Queer Hessen-Nord)

Arlinda Ramaj & Kevin Trah-Bente

Vorsitzende der AG Migration & Vielfalt Hessen-Süd)

Ullrich Meßmer

(Bezirksvorsitzender AG 60+ Hessen-Nord)